

VOLKS BLATT | SPLITTER

**Chinesischer Kaiser wurde mit Staatsschatz begraben**

PEKING – Bei Durchleuchtungen des ungeöffneten Grabes des ersten chinesischen Kaisers ist eine grosse Ansammlung von Münzen entdeckt worden. Dies lasse darauf schliessen, dass Qin Shi Huangdi mit seinem Staatsschatz begraben wurde, berichtete die Pekinger Nachrichtenagentur Xinhua am Donnerstag. Die letzte Ruhestätte Qins, der von 221 bis 210 vor Christus herrschte, ist bereits weltberühmt für seine Terrakotta-Armee – tausende mannsgrösse Tonsoldaten, die in riesigen unterirdischen Kammern den toten Kaiser schützen sollten. (AP)

**Beatrix' Neffe Floris heiratet und verzichtet auf Thronfolge**

DEN HAAG – Der letzte Junggeselle aus dem niederländischen Königshaus ist unter der Haube. Prinz Floris, einer der acht Neffen von Königin Beatrix, heiratete gestern die Werbe-fachfrau Aimée Söhngen. Im mehr als 400 Jahre alten Rathaus von Naarden in der Nähe von Amsterdam gab der 30-Jährige seiner zwei Jahre jüngeren Verlobten das Jawort. Am Samstag folgt die kirchliche Hochzeit. (sda)



**Michael Jackson wird zum Geschworenen berufen**

SANTA BARBARA – Vier Monate nach seinem Freispruch vom Vorwurf des Kindesmissbrauchs soll Michael Jackson wieder vor Gericht erscheinen – diesmal als Geschworener. Dem Popstar wurde auf seiner Neverland Ranch bei Los Angeles eine entsprechende Aufforderung zugestellt, wie am Mittwochabend in Santa Barbara bekannt wurde. Jura-Professorin Laurie Levenson sprach von einer Ironie des Schicksals. Allerdings galt es als unwahrscheinlich, dass Jackson der Aufforderung nachkommen werde. Wie sein Anwalt Thomas Mesereau mitteilte, wurde ein Antrag auf Aufschiebung eingereicht mit der Begründung, dass der Popstar mittlerweile in Bahrain lebe. Ein Gerichtssprecher erklärte, wenn Jackson einen permanenten Wohnsitz im Ausland nachweisen könne, werde er von den Diensten eines Geschworenen befreit. (AP)

**Europa rüstet sich**

**Vogelgrippe: Stallpflicht in ganz Deutschland – EU-Minister beraten**

**FRANKFURT/MAIN – Nach dem Ausbruch der Vogelgrippe im europäischen Teil Russlands rüstet sich Europa gegen das weitere Vordringen der Seuche.**

In Deutschland gilt ab Samstag eine bundesweite Stallpflicht für Geflügel. Die EU-Gesundheitsminister berieten am gestrigen Donnerstag in Chandler's Cross bei London über Abwehrstrategien. Das Risiko für den Menschen sei nach wie vor «sehr gering», sagte die britische Gesundheitsministerin und EU-Ratsvorsitzende Patricia Hewitt im Anschluss.

Die Bundesländer wollen die flächendeckende Stallpflicht wie von Bundesverbraucherschutzminister Jürgen Trittin gefordert bis Samstag umsetzen. In Bayern, Schleswig-Holstein und Hessen galten bereits landesweite Regelungen. Mehrere Landesminister begrüsst die Entscheidung Trittins. Der Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, Till Backhaus, kündigte scharfe Kontrollen an. Verstösse könnten mit Strafen bis zu 25 000 Euro geahndet werden, sagte der SPD-Politiker im NDR.

Ungeachtet dessen bleibt es bei Unterschieden innerhalb Deutschlands. Während in Bayern Vogel-schauen verboten sind, soll in Niedersachsen eine der weltgrössten Geflügelschauen beginnen. Das



Nach dem Vogelgrippeausbruch südlich von Moskau wurde das EU-Importverbot bereits ausgeweitet.

niedersächsische Landwirtschaftsministerium teilte mit, dass die 124. Deutsche Junggeflügel-schau wie geplant am Samstag in Hannover beginnt. Die Veranstaltung mit 17 000 Tieren sei schon seit langem genehmigt und finde in geschlossenen Messehallen statt.

Die EU-Minister berieten vor allem über eine bessere Koordinierung ihrer Massnahmen. Aber auch die Produktion und Verteilung von

antiviralen Medikamenten und die Entwicklung eines Impfstoffs gegen Vogelgrippe standen auf der Tagesordnung. Nach dem Vogelgrippeausbruch südlich von Moskau wurde das EU-Importverbot bereits ausgeweitet. In dem unter Quarantäne stehenden Dorf Jandowka wurden tausende Tiere getötet. EU-Gesundheitskommissar Markos Kyprianou zeigte sich nach der Konferenz erfreut über das

Ausmass der Vorbereitungen in den Mitgliedsstaaten. «Es hat in den vergangenen Monaten beachtliche Fortschritte gegeben.» Allerdings seien weitere Verbesserungen besonders der Zusammenarbeit notwendig. Der griechische Verdachtsfall auf den H5N1-Erreger auf der Ägäisinsel Oinouses bestätigte sich zunächst nicht. Erste Labortests verliefen nach EU-Angaben negativ. (AP)

**Zehntausende flüchten vor «Wilma»**

**Im mexikanischen Badeort Cancun bringen sich Touristen in Sicherheit**

**CANCUN – Zehntausende Menschen haben sich gestern in Mexiko vor Hurrikan «Wilma» in Sicherheit gebracht.**

Erste Ausläufer des Wirbelsturms, der sich mit Windgeschwindigkeiten von noch 230 Stundenkilometern etwas abschwächte, fegten über die Strände von Cancun, wo 20 000 Touristen die Hotelhochhäuser an der Küste verlassen mussten. Auch Florida bereitete sich auf «Wilma» vor, der auf seinem Weg durch die Karibik schon 13 Menschen in den Tod gerissen hat.

Trotz der Herabstufung des kurzzeitig stärksten jemals in der Region registrierten Hurrikans zum Sturm der Kategorie vier sei er weiter sehr gefährlich, erklärte das Na-



Trotz der Herabstufung des Hurrikans zum Sturm der Kategorie vier soll er weiter sehr gefährlich, erklärte das Nationale Hurrikan-Zentrum.

tionale Hurrikan-Zentrum in Miami. «Wilma» sollte die mexikanische Halbinsel Yucatan am frühen Freitagmorgen (Ortszeit) erreichen. «Das wird sehr bedrohlich», sagte der mexikanische Präsident Vicente Fox. Hunderte Schulen wurden geschlossen, viele von ihnen sollten als Schutzunterkünfte dienen.

Der Bürgermeister von Cancun, Francisco Antonio Alor, sagte, einige Säle der Strandhotels sollten als Schutzräume genutzt werden. Die Stadt wolle Flugzeuge chartern, um noch bis zur Schliessung des Flughafens Touristen auszufliegen. Bis auf einige Zivilschützer mussten alle Menschen die nahe gelegenen Inseln Mujeres und Holbox verlassen. (AP)

ANZEIGE

**VOLKSCARD**

Politik – Wirtschaft – Sport – Kultur  
Bei uns ist alles im Preis inbegriffen

Jetzt das  
**VOLKSBLATT**  
abonnieren  
**13 Monate für CHF 209.–**

Die günstigste Tageszeitung Liechtensteins

Anrufen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als  
-Abonnent  
von Vorzugspreisen

**Unbill für Bush**

**US-Präsident gerät in die Defensive**

WASHINGTON – Nach neuem Wirbel um mehrere enge Vertraute ist US-Präsident George W. Bush innenpolitisch weiter in die Defensive geraten. Gegen den ehemaligen Republikanerführer im US-Repräsentantenhaus, Tom DeLay, wurde Haftbefehl erlassen.

Dem 58-jährigen engen Bush-Vertrauten wird angelastet, Gelder von Unternehmern illegal an republikanische Kandidaten geschleust zu haben. DeLay sollte am Freitag zu einer ersten Anhörung vor Gericht in Austin erscheinen. Gegen eine Kautions von 10 000 Dollar bleibt er vorerst auf freiem Fuss.

Die Anklage lautet auf «Verschwörung» zum Verstoß gegen

das texanische Parteiengesetz. Im Falle seiner Verurteilung drohen ihm maximal zwei Jahre Haft. DeLays Sprecher Ben Porritt spielte die Tragweite des Haftbefehls herunter. Es handle sich um eine reine «Formalität», sagte er.

DeLay brenne darauf, vor Gericht zu zeigen, dass die Vorwürfe aus der Luft gegriffen seien. Der bisherige Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus hatte Ende September nach der Anklageerhebung gegen ihn sein Amt ruhen lassen.

Bushs Vertrauter galt bislang als einer der mächtigsten Männer in Washington. Er hatte es geschafft, die republikanische Mehrheit im Kongress zusammenzuhalten und zu stärken. (sda)

**++++ Zu guter Letzt...++++**

**«Autofreier Tag» beginnt mit Stau**

JOHANNESBURG – Die südafrikanische Grossstadt Johannesburg hat gestern ihren ersten «autofreien Tag» mit Staumeldungen im Radio begonnen. Nachdem eine Nachrichtensprecherin im Rundfunk den «kosmopolitischen» Aspekt des Tages betonte, verlas der Verkehrssprecher unbeeindruckt die Liste der Staus im morgendlichen Pendlerverkehr. Obwohl einige Lokalpolitiker öffentlichkeitswirksam per Sammeltaxi in Büros fuhren, war auf den Strassen von Afrikas wirtschaftsstärkster Metropole am Donnerstag kaum etwas von

einer Reduzierung der Fahrzeugmassen zu bemerken. Die Behörden hatten den Tag als freiwillige Aktion ausgerufen, obwohl die Stadt kaum ein funktionierendes Nahverkehrssystem hat. Mit Zuwachsraten von rund 10 Prozent jährlich bei den Zulassungen der Neufahrzeuge droht Johannesburg nach Ansicht von Experten der baldige Verkehrsinfarkt. (sda)

